

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Arbeit für den Frieden? — Schweizerische Minderheitenpolitik. — Parlamentsreform durch das Parlament.

Jeder wirkliche Friedensfreund müsse für den Völkerbund eintreten, hieß es vor zehn Jahren und hat es seither je und je geheißsen. An der Erhaltung des Friedens, der auch für die Schweiz ein Lebensinteresse darstelle, gelte es mitzuarbeiten und dieses Ziel könne ohne das Opfer eines teilweisen Verzichts auf die altüberlieferte Neutralität nicht erreicht werden. Heute blicken wir auf zehn Jahre Völkerbund und zehn Völkerbundsversammlungen zurück. Die erste Völkerbundsversammlung spielt sich eben unter unsern Augen ab. Betrachten wir die Haltung der Schweiz zu einigen der Verhandlungsgegenstände derselben.

Zu dem besonders von englischer Seite entschlossen betriebenen Versuch, den Kelloggpaakt in den Völkerbundsvertrag einzubauen, läßt sich der Bundesrat vernehmen: „Der Bundesrat ist grundsätzlich den Bemühungen, die beiden Pakte miteinander in Einklang zu bringen, günstig gesinnt. Zu allfälligen Vorbehalten seinerseits könnte nur die Frage der Sanktionen Anlaß geben.“ Mit andern Worten: der Bundesrat begrüßt „grundsätzlich“ die betreffenden Bemühungen, behält sich aber Handlungsfreiheit vor für den Fall, daß sie Erfolg haben und die allgemeine Achtung des Angriffskrieges, wie sie der Kelloggpaakt enthält, mit dem Sanktionsystem des Völkerbundes verquickt wird.

Oder über die Stellungnahme der Schweiz betreffs finanzielle Hilfe für angegriffene Staaten berichtet die Depeschenagentur aus Genf: Der Vertreter des Politischen Departements erklärt, daß der schweizerische Bundesrat glücklich wäre, zu sehen, wenn ein neues internationales Abkommen zustande käme, das die Friedenssicherung erhöht und die Kriegsrisiken vermindert. Die reservierte Haltung, die der Bundesrat trotzdem einnehmen müsse, sei diktiert ... durch die Neutralität der Schweiz, u. s. w.

Aus der gleichen Agenturmeldung erfahren wir, daß von schweizerischer Seite energische Vorbehalte gegenüber einer Resolution erhoben worden sind, durch die die Frage der Verbindungen des Völkerbundes in Krisenzeiten mittels Flugzeug geregelt werden soll. Der Inhalt dieser Vorbehalte war der Hinweis auf die jedem Staat zustehende Freiheit, sich dem Überfliegen seines Gebietes zu widersetzen.

Es bedarf sicherlich keines besonderen Hinweises, daß wir diese Haltung des schweizerischen Delegierten für vollkommen richtig halten. Wenn unser Boden im Fall eines äußersten Spannungszustandes zwischen zwei Nachbargroßmächten, in den der Völkerbund gegen den Willen eines der Beteiligten einzugreifen versucht, den ständigen Landungsplatz ausländischer Flugzeuge und damit eine Art Hauptquartier des allfälligen Gegners eines unserer Nachbarn abgibt, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß wir beim Ausbruch der Feindseligkeiten auch unsere militärische Neutralität nicht mehr zu wahren vermögen. — Für ebenso richtig halten wir es, wenn der Bundesrat es ablehnt, einem Abkommen über die finanzielle Hilfe für angegriffene Staaten beizutreten. Auch diese Verpflichtung würde der Schweiz von einer Nachbarmacht, die mit einer anderen Nachbarmacht im Kriege steht, von vorneherein als Parteinahme ausgelegt werden können und Anlaß oder Vorwand zur Verletzung ihrer Neutralität geben. — Und daß drittens schließlich die Schweiz sich gegen eine Verquickung der allgemeinen Kriegsächtung mit dem Sanktionsystem des Völkerbundes, an dessen wirtschaftlichen Maßnahmen sie teilzunehmen verpflichtet ist, zur Wehr setzt, ist abermals vollständig richtig.

Wer worin besteht unter diesen Umständen der „Dienst am Frieden“? Die Schweiz „ist glücklich“ über alles, was auch immer der Völkerbund zur „Erhöhung der Friedenssicherheit“ und „Verminderung des Kriegsrisikos“ tut. Bloß macht sie praktisch dabei nicht mit, weil das ihre Neutralität gefährde. Wir glauben, daß die Schweiz mit gutem Gewissen ihre Neutralität allem anderen voranstellen darf.

Sie leistet, wenn sie für die Bewahrung ihrer Neutralität vorsorgt, dem Frieden auch einen Dienst. Bloß sollte sie dann auch in der „Theorie“ nicht mitmachen. Sonst hilft sie mit, die Welt bei der Vorstellung zu erhalten, daß in Genf wirklich etwas zur Verhinderung eines neuen Krieges geschehe. Der Friede ist aber in nichts gesicherter als 1914 und die Kriegsgefahr nicht geringer als damals. Nüchtern betrachtet stellt sich die internationale Lage von heute als Vorabend vor einem neuen Krieg dar. Diese Tatsache muß offen vor aller Welt eingestanden werden und darf nicht, weil sie zugleich das Eingeständnis des Bankrotts des Völkerbundes enthält, verschleiert werden. Denn nur aus der Erkenntnis dieser Tatsache entspringt der Wille, ihre Ursachen zu beseitigen. Wer die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf ein untaugliches Beginnen und Verfahren ablenken will, leistet dem Frieden das Gegenteil eines Dienstes.

Die Schweiz hat sich in Genf auch einem Antrag gegenüber der Stimme enthalten, wonach die Abrüstungskonferenz noch im Laufe des nächsten Jahres abzuhalten wäre, ein Antrag, dem neben vier Staaten aus der Gruppe der ehemaligen Mittelmächte u. a. auch Italien und Holland zustimmten. Mehr noch, sie hat selbst bei dem Antrag nicht mitgestimmt, im Kommissionsbericht den Wunsch auszusprechen, daß die Abrüstungskonferenz noch 1931 abgehalten werde. Die Schweiz muß unter Umständen eben befürchten, daß sie auf einer derartigen „Abrüstungs“-Konferenz bei ihrem neuesten 100-Millionen-Militärbudget behaftet wird. Auch gerät sie gegenüber den militärgegnerschaftlichen Kräften im eigenen Lande in eine immer unhaltbarere Lage, wenn sie sich auf der einen Seite an „Abrüstungs“-Bestrebungen beteiligt und auf der andern dem Land ständig höhere Militärbudgets vorlegt.

In Genf redet man von „Abrüstung“. Die Großmächte, zwischen denen in erster Linie die militärische Spannung besteht, werden aber deswegen keinen einzigen Soldaten abbauen. Eine Spannungsminderung läßt sich somit einzig erzielen durch Wiederherstellung eines militärischen Gleichgewichts zwischen allen europäischen Staaten, mit andern Worten durch eine „Aufrüstung“ der gewaltsam Abgerüsteten. Die Versuchung für zwei in Konflikt miteinander geratende Nachbarmächte der Schweiz, sich für ihre Operationen schweizerischen Bodens zu bedienen, ist viel geringer, wenn auch die übrigen an die Schweiz angrenzenden Mächte über eine gleichwertige Rüstung verfügen. Die militärpolitische Lage bessert sich für die Schweiz also in dem Maße, als an ihren sämtlichen Grenzen wieder ein gleichmäßiger militärischer Druck besteht. Ähnliches gilt für die gesamteuropäische Lage. Ein gleichmäßiger und auf Freiwilligkeit beruhender Rüstungsstand würde spannungsmindernd wirken. Er einzig gäbe auch einen Ausgangspunkt für eine allgemeine und freiwillige Rüstungsbeschränkung ab.

Warum setzt sich die Schweiz nicht in diesem Sinne ein? Ein Zweifel daran, daß ihre Rüstung nicht offensiven Zwecken dient, kann doch nicht bestehen. Sie handelt ja lediglich aus der Notlage heraus, in die sie die Verschlechterung ihrer völkerrechtlichen Stellung infolge der Differenzierung ihrer Neutralität und der politische und militärische Spannungszustand in Europa im allgemeinen und zwischen einigen ihrer Nachbarmächte im besonderen versetzt. Woher also trotzdem dieser Widerspruch zwischen ihrer eigenen, friedlichen Zwecken dienenden Politik und der Abrüstungspolitik des Völkerbundes? Weil auch diese „Abrüstungs“-Politik des Völkerbundes nur Sand in die Augen der Welt ist. Anstatt dort anzusetzen, wo einzig praktische Ergebnisse erzielt werden könnten, wird auch hier nur geredet und die Welt in die Vorstellung gewiegt, es geschehe etwas für den Frieden. So sehen wir eben, wie die Schweiz, als Folge ihrer, sich so viel Selbstlob spendenden Außenpolitik von 1919, gerade dort Iahmgelegt ist, wo es gelten würde, im Sinne des Friedens und der Entspannung der internationalen Lage zu wirken.

* * *

Bundesrat Motta hat in Genf bei der Behandlung der Minderheitenfrage auf die neueste Botschaft des schweizerischen Bundesrates über die Bundesunterstützung an den Tessin zur Wahrung und Förderung seiner kulturellen und sprachlichen Eigenart als eines „beachtenswerten Beispiels weitblickender Minoritätenpolitik“ hingewiesen. Als Gründe für eine solche „Minder-

heiten"=Politik gegenüber dem italienischen Landesteil gibt die betreffende Botschaft u. a. an:

„Wir weisen auf die besondere Struktur des eidgenössischen Staatswesens hin. Diese erschöpft sich nicht in der bundesstaatlichen Gliederung der Eidgenossenschaft in 25 Kantone. Über dem Verband der Einzelrepubliken steht der Zusammenschluß dreier sprachlich und kulturell verschiedener Völkerschaften zu einem organischen Volksganzen. . . Der Kanton Tessin vertritt als alleiniger Träger der italienischen Kultur innerhalb der Eidgenossenschaft eine der drei gleichberechtigten Völkerschaften unserer politischen Nation. Hiermit ist für ihn nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht gegeben, dafür zu sorgen, daß seine Eigenkultur dem Gesamtstaat ungeschwächt und unverfälscht erhalten bleibe. . . Als Korrelat zu dieser kantonalen Schuldigkeit besteht aber auf Seiten des Bundes die staatsrechtliche Notwendigkeit, dem Tessin die Erfüllung jener umfassenden Aufgabe, soweit sie zufolge besonderer Voraussetzungen die Mittel und Kräfte des Kantons übersteigt, zu ermöglichen. . .

„. . . Das Fehlen eines Sammelpunktes der geistigen Kräfte des Landesteils in der Form einer eigenen Univerſität und das hiedurch bedingte merkliche Gravitieren seines intellektuellen Lebens nach dem benachbarten Auslande hin, das unaufhaltſame Eindringen kulturſremder Elemente in den einheimischen Volkſtamm . . . : dieſe ſowie weitere Umſtände ſchaffen für den Kanton Teſſin in ſprachlicher und kultureller Hinſicht zweifellos eine Sonderſtellung. . .

„Das teſſiniſche Sprachen- und Kulturproblem ſtellt ſich in einer Weiſe, daß ihm mit einer ängſtlichen Anklammerung an biſherige Gepflogenheiten nicht beizukommen iſt.“

Wir haben in unſerer letzten Umſchau darauf hingewieſen, wie ſehr das geſteigerte und ſich durch die neuſte Entwicklung der politiſchen Verhältniſſe im Bund eingengt führende ſprachlich-kulturelle Geltungsbedürfnis der franzöſiſchen Schweiz neue Geſichtspunkte und Forderungen in unſere eidgenöſſiſche Staatspolitik hinein-trägt. Verſchiedenheit im Vergleich zu den Geſichtspunkten und Forderungen des italieniſchen Landesteiles beſteht aber darin, daß die welsche Schweiz, um ihren Sprach- und Kulturwillen beſſer ſichern und geltend machen zu können, auf eine politiſche Umgeſtaltung, auf einen Umbau des Bundesſtaates und ſeiner Behörden-gliederung abzielt. Der Teſſin dagegen verlangt vom Bund nur finanzielle Unterſtützungen, damit er „ſeine kulturelle und ſprachliche Eigenart wahren und gegen fremde Einflüſſe ſchützen“ und „die beſonders koſtſpieligen Ma ß n a h m e n z u r r a ſ c h e n A ſ ſ i m i l i e r u n g“ der ſein Volkſtum durch ſtarke Zuwanderung ge-fährdenden „andersſprachigen und kulturſremden Elemente“, d. h. der im Teſſin lebenden Deutſchſchweizer treffen kann.

Das Beſondere dieſer Forderung der italieniſchen Sprach- und Kulturminder-heit beſteht nun darin, daß ſie ſich gegen A n g e h ö r i g e d e r S p r a c h- u n d K u l t u r m e h r h e i t richtet. Und das Beſondere der heutigen ſchweizeriſchen Minderheitenpolitik iſt, daß ſie die Forderung dieſer Minderheit nach finanzieller Unterſtützung von Maßnahmen, die der ſprachlich-kulturellen Aſſimilierung von Angehörigen der Sprach- und Kulturmehrheit dienen, anerkennt und unterſtützt. Das bedeutet für unſer Staatsrecht einen vollſtändig neuen Geſichtspunkt. Der einzige auf die „Nationalitätenfrage“ bezügliche Artikel unſerer jetzigen Bundes-verfaſſung, in dem die drei Hauptſprachen der Schweiz als Nationalſprachen des Bundes erklärt werden, ſagt weder etwas über eine Pflicht der drei Sprach- und Kulturſtämme zur „Ungeſchwächt- und Unverfälschterhaltung ihrer Eigenkultur“ und entſprechend zu einem Anſpruch auf Unterſtützung und Förderung von Bundes wegen aus, noch über eine Pflicht („eine ſtaatsrechtliche Notwendigkeit“) oder ein Recht des Bundes, einem Sprach- und Kulturſtamm, der ſeiner Pflicht nicht aus eigener Kraft nachzukommen vermag, gegen die Angehörigen eines anderen Sprach-ſtammes ſeine Unterſtützung zu leihen. Auch davon, daß ſich „die Struktur des eidgenöſſiſchen Staatsweſens nicht in der Gliederung der Eidgenossenschaft in 25 Kantone erſchöpft“, ſondern daß dazu die Gliederung in drei „ſprachlich und kul-turell verſchiedene Völkerschaften“ tritt, ſteht nichts in der Bundesverfaſſung.

In diesen neuen Gesichtspunkten, wonach die Geltung des Sprach- und Kulturstammes neben oder über diejenige des Kantons tritt, und dem Sprach- und Kulturstamm ein Kollektivrecht zugestanden wird, dessen Handhabung von Bundeswegen gegenüber den Individualrechten des Einzelbürgers unterstützt wird, haben wir es zweifellos mit Rückwirkungen des gesteigerten Sprach- und Kulturnationalismus in Europa zu tun, denen sich auch unser Staatswesen nicht entziehen kann. Wir sind nun die Letzten, die glauben, daß man diesen neu auftauchenden Fragen „mit einer ängstlichen Anklammerung an bisherige Gepflogenheiten“ beikommen könne. Aber wir halten es für unumgänglich, daß für die neuen „Gepflogenheiten“ auch neue Verfassungsgrundlagen geschaffen werden. Der Bundesrat war sich bei Abfassung seiner Botschaft durchaus bewußt, daß, wie er selbst sagt, die Bundesverfassung keine „unmittelbare Handhabe“ für seine neue „Minderheitenpolitik“ bietet, sondern daß er dabei lediglich „dem Sinn und dem Geist unserer Verfassung entsprechend“ handelt. Auch hier liegt also reichlich Stoff für eine Gesamterneuerung der Bundesverfassung vor.

* * *

Der Bundesrat ist die Antwort auf die Postulate Guntli und Klöti vom Sommer dieses Jahres nicht lange schuldig geblieben. Mit Botschaft vom 2. September hat er dem Nationalrat Bericht und Antrag über eine Revision des Art. 72 der Bundesverfassung (Grundlage für die Wahl des Nationalrates) vorgelegt. Dieser hat bereits seine Entscheidung getroffen.

Die bundesrätliche Botschaft geht von der Anschauung aus, daß es sich „nicht um eine Frage der Unterbringung des neuen Rates“ handle; „der Nationalratssaal könnte die (bei der nächsten Wahl zu erwartende Vermehrung) ertragen“. Der Grund zur Einreichung der beiden Postulate liege vielmehr „wohl in der gegenwärtigen Zahl der Ratsmitglieder und ihrer zwangsläufigen Zunahme“. — Das Postulat Klöti lehnt die Botschaft rundweg ab. Ein demokratisches Staatswesen solle die Grundlage der Volksvertretung nicht ohne unbedingt zwingende Gründe ändern. Solche Gründe, den bewährten heutigen Grundsatz zu ändern, lägen aber keine vor. Auch könnten bei Anwendung der von Klöti vorgeschlagenen Lösung, auch wenn deren Mandatsverteilung keineswegs ungerecht sei, einzelne Kantone die Empfindung bekommen, von andern Kantonen „ausgepündert“ (? der Verfasser) zu werden. — Für eine Verminderung der Mitgliederzahl des Nationalrates nach Vorschlag Guntli sprechen dagegen nach der Botschaft mehrere Gründe. Die Zahl der Reden wachse mit der Zahl der Mitglieder. Je länger und zahlreicher die Tagungen seien, desto schwerer werde es aber, außerhalb des Kreises der Berufspolitiker Männer zu finden, die sich für eine Wahl zur Verfügung stellen. Ferner hätten bei wachsender Mitgliederzahl immer weniger Mitglieder Gelegenheit zur Mitarbeit in den Kommissionen und damit zum Einblick in die Verwaltung. Auch werde durch ein uferloses Anwachsen des Nationalrates der zahlenmäßige Unterschied gegenüber dem Ständerat immer größer. Nicht zu vergessen, daß mit einem zu großen Rat die Fühlung der Abgeordneten untereinander leide, die doch eine Vorbedingung fruchtbarer Zusammenarbeit bilde. Und schließlich führe der große Rat zu einer Verzettlung der Verantwortlichkeiten; je mehr Abgeordnete, desto größer die Gefahr, daß Sonderinteressen vertreten würden.

Was zieht der Bundesrat für Folgerungen aus der Erkenntnis der Vorzüge, die ein kleinerer Rat gegenüber einem allzu großen bietet? Die Herabsetzung des Bestandes des Nationalrates auf 165 Mitglieder, wie sie das Postulat Guntli vorsieht, „würde einem starken Widerstand begegnen“. Durch eine bloße Herabsetzung auf 190 würde „die Frage für eine offensichtlich viel zu kurze Dauer geordnet“. So beantragt der Bundesrat denn, auf eine Ziffer von 23,000 Einwohner abzustellen, wodurch die Zahl der Abgeordneten auf 177 zurückginge.

Der Rat hat bekanntlich auch diese Verminderung um 21 Mitglieder noch als zu weitgehend empfunden und sich für eine Verminderung um 8 (!) Mitglieder entschieden. Wenn der Ständerat zustimmt, wird also das Volk demnächst über eine dahingehende Revision von Art. 72 der Bundesverfassung abzustimmen haben, daß für die Wahl der Nationalräte die Vertretungszahl von 20,000 auf

22,000 erhöht und damit der Nationalrat für die nächste Amtsdauer um 8 Mitglieder herabgesetzt wird. Die Volksvertretung scheint also eine ganz besondere Hochachtung vor dem Souverän zu besitzen, daß sie ihm zumutet, über eine derartige verfassungspolitische Spielerei abzustimmen.

Wie ist es dazu gekommen? Der Bundesrat ist weder sachlich auf den ihm zuteil gewordenen Auftrag eingegangen, noch hat er ihn als Anlaß benützt, um begleitend in die verfahrenen Verhältnisse unseres Parlamentarismus einzugreifen. Den unmittelbar praktischen Anstoß zu den beiden Postulaten: die beschränkten Raumverhältnisse des Nationalratssaales, übernahm er geflissentlich. Damit konnte er sich der Mühe entziehen, ernsthaft auf das Postulat Klöti einzugehen. Für eine Verminderung des Ratsbestandes führt er einige ganz überzeugende Gründe an. Aber er setzt sich selbst nicht für eine Verminderung ein, die irgendwie ins Gewicht fiele (um 21 Mitglieder auf 198). Sein Antrag geht scheinbar auf die Forderung der gestellten Postulate ein; in Wirklichkeit handelt er so, daß alles beim Alten bleibt. Mit andern Worten: die Führung hat vollständig versagt und ist mitverantwortlich an einem Ergebnis, das für unsere heutige Behördeneinrichtung eine weitere schwere Einbuße an Achtung und Ansehen zur Folge hat.

Das Parlament. Die Mehrheit seiner Kommission hat sich von rein sachlichen Beweggründen leiten lassen. Ihr freisinniger Sprecher führte aus, daß für den vorliegenden Zweck der Vorschlag Klöti die gegebene Lösung darstelle. Mit einer Reform des Parlaments habe er allerdings nichts zu tun. Das sei eine Frage für sich, die aber auch durch eine Herabsetzung der Mitgliederzahl nicht gelöst werde. Von anderer freisinniger Seite wurde entschieden ein tüchtiger Schnitt — die Festlegung der Vertretungszahl auf 25,000 — gefordert. Vielleicht habe der Rat daran keine rechte Freude, umso mehr das Volk.

Der Antrag der Kommissionmehrheit zugunsten des Vorschlags Klöti fand aber keine Mehrheit in der Vollversammlung. In katholischen Blättern war schon vorher die welsche Schweiz vor dem Vorschlag Klöti gewarnt worden (v. Ernst). Bei dessen Annahme würde in zehn bis zwanzig Jahren das rote Zürich — „Zürcher Zukunft und rote Zukunft sind eins“ — über mehr Sitze verfügen als alle fünf welschen Kantone zusammen. Von katholischer Seite wurde im Rat selbst seine Verfassungsmäßigkeit angezweifelt. Im übrigen lag dem Vorgehen einzelner katholischer Vertreter zweifellos der ernste Wille zugrunde, mit einer Verminderung des Rates dessen Arbeitsfähigkeit zu heben. Der Vorschlag Guntli sah ja auch eine Verminderung des Rates um 30 bis 40 Mitglieder vor. Und Nationalrat Guntli selbst führte im Rat aus, daß die weitestgehende Verminderung der Mitgliederzahl nie so schädlich sein werde wie eine Minderung des Ansehens des Parlaments.

Von bauerlicher Seite wurde der unbefriedigende Zustand des heutigen Parlamentarismus hervorgehoben und als einzig gangbarer Weg zu dessen Behebung die Verminderung des Ratsbestandes bezeichnet. Die „Abrechnung“ eines Bauernvertreters (Dr. Abts) mit der Presse stand — nach den dürftigen Berichten darüber zu schließen — nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem in Frage stehenden Gegenstand. Manche der an die Presse gerichteten Vorwürfe waren zweifellos nicht ganz unbegründet. So ist es längst zur Gewohnheit geworden, daß die Reden von Vertretern der andern Parteien in den Parlamentsberichten so gut wie unterschlagen und nur mit ein paar Worten abgetan werden. Andererseits kann man von der vom Staat dafür ja nicht bezahlten Presse nicht eine stenographisch getreue Wiedergabe der zu einem großen Teil doch überflüssigen parlamentarischen Rednerei verlangen. Vor allem aber sollte man die Presse nicht tadeln, wenn sie der Arbeitsweise des Parlaments nicht nur helle Bewunderung entgegenbringt. Unsere „Herren und Oberen“ in Bern und ihre Leistungen haben es gelegentlich sehr nötig, daß man sie kritisch unter die Lupe nimmt. Man denke an ihre neueste „Leistung“ mit dieser Revision von Art. 72.

kennzeichnend war schließlich auch die Haltung der Sozialdemokratie. Daß an und für sich der Vorschlag Klöti für den vorliegenden Zweck der Anpassung der Ratszahl an die räumliche Fassungsvermögekeit des Tagungssaales der gegebene Weg gewesen wäre, steht fest. Andererseits hätte er keine wesentliche

sonstige Änderung gebracht. Das wollte man auf sozialdemokratischer Seite aber auch nicht. Im Gegenteil. Sämtliche sozialdemokratische Redner bekannten sich als Anhänger des Bestehenden. Nur keine Herabsetzung der Mitgliederzahl. Die Sozialdemokratie bekämpft heute mit einer an Hysterie grenzenden Empfindlichkeit jede Anregung, die den mehr und mehr unhaltbar werdenden Verhältnissen unseres Parlamentsbetriebes abhelfen will. In dem Vorschlag einer Verkleinerung des Rates witterte sie einen Anschlag auf die Einrichtung des Parlaments überhaupt. Der Vorschlag zur Verlängerung der Amtsdauer — der überdies im Rate Annahme fand — bedeute, wie einer ihrer Redner ausführte, einen Bruch mit der liberalen Tradition des schweizerischen Bürgertums. Die Sozialdemokratie als Beschützerin der Traditionen und Institutionen des Liberalismus und schweizerischen Bürgertums? Dem ist schon so! Die Sozialdemokratie befindet sich heute eben in ausgesprochenen Verteidigungsstellung. Als Klassen-Partei, die ihren Angehörigen Schutz und Vorteil im Erwerbskampf zu bieten vermag, hält sie ihre Stellung. Aber ihr Einfluß dringt nicht darüber hinaus. Insbesondere, sie verliert die Jugend. Sie rückt mehr und mehr in die Front der „gestrigen“ Parteien ein. Darum ihre Nervosität, wenn irgendwo Zukunftssträchtiges vertreten wird. Der liberale Staat, in dem die Zahl den Ausschlag gibt, stellt so für sie den letzten Rettungsanker dar. Auch bei uns übernimmt die Sozialdemokratie die Rolle eines Vorkämpfers der Legitimität, der liberalen Tradition und verbaut damit sich und ihrer Klasse die entscheidende Mitwirkung an der Gestaltung der Zukunft.

Schlußfolgerung: In Einem besteht Einigkeit zwischen allen Parteien und zwischen den Parteien und dem Bundesrat: nichts am Bestehenden ändern! In allem Anderen herrscht Uneinigkeit. Nirgend — auch dort, wo einiger Wille zur Reform vorhanden wäre — ein umfassender Gesichtspunkt, der zu zünden und mitzureißen vermöchte. Parteitaktik gibt schließlich allein den Ausschlag. Mit dem Ergebnis, daß man zu einem Beschluß kommt, mit dem man sich selbst den allerschlechtesten Dienst leistet. Sollte das wirklich die einzige Art Mitarbeit des Parlaments an der nötigen Parlamentsreform sein, daß es seine Unfähigkeit dazu beweist?

Zürich, den 4. Oktober 1930.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Revolution in Südamerika. — Die europäische Gesamtrevision auf dem Marsch. — Völkerbundsergebnisse.

Revolution in Südamerika! So schallt es einem aus den Zeitungen seit Wochen in immer neuer Auflage entgegen. In rührender Übereinstimmung hat jetzt das „Volk“ fast sämtlicher südamerikanischer Staaten seine bisherigen Machthaber beseitigt. Bei dieser Gelegenheit wurde der europäischen Öffentlichkeit nach langem Unterbruch wieder einmal in Erinnerung gerufen, daß Südamerika das Land der Revolutionen ist. Vor dem Weltkrieg wußte das jeder europäische Zeitungsleser. Damals, im ruhigen, fatten Europa bildeten die ständigen Revolutionen und Revolutionchen in den romanischen Staaten Amerikas für die europäischen Blätter einen willkommenen Stoff und eine unerschöpfliche Quelle der Erheiterung. Heute fragt man sich, ob wir im neuen wunderschönen Europa noch viel Anlaß haben, über das südamerikanische Revolutionsgetriebe zu lächeln? Eigentlich muten einen heute doch diese Dinge gar nicht mehr so fremdartig an. Die südamerikanischen Staaten sind ja alle beherrscht von mangelhaften Diktatoren oder ebenso mangelhaften Parteikliquen. Dabei kommen die Staaten meist am besten weg, wenn ein tüchtiger Diktator vorhanden ist. Ein Beispiel dafür lieferte früher Mexiko unter Porfirio Diaz, jetzt wieder Peru. Energische Diktatoren sicherten die Ruhe und sorgten für eine rasche Entwicklung der unbegrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Länder. Aus den Aufständen des sogenannten „Volkes“ aber, das heißt meistens ehrsüchtiger militärischer Führer oder machtlüsterner Parteigruppen, geht meist nichts

besseres hervor. Im Gegenteil, es folgt nur eine Diktatur der andern. Ist es bei uns viel anders? Der neue große Balkan ist bereits zum großen Teil in der Hand von Diktatoren. Polen erlebt gerade die Methode der starken Hand unter Pilsudski. Ungarn steht seit Jahren unter schlecht verhüllter Diktatur. In Litauen löst ein Gewalthaber den andern ab. In Südslawien haben wir eine ausgesprochene Diktatur. Man denke weiter an Griechenland, Bulgarien, die Türkei, an Spanien und Portugal und schließlich an Italien. Diese Erscheinung in Europa ist wohl ein Zeichen dafür, daß wir uns in ähnlichen wirtschaftlich und politisch unausgeglichenen Zuständen befinden wie der junge südamerikanische Kontinent. Einstweilen scheint sich diese Lage auch durchaus nicht zu bessern, sondern auch Österreich, Deutschland u. s. w. steuern auf Pfaden, die schließlich zur Diktatur führen könnten. Die Weltverbesserer, die die Friedensverträge von 1919 geschaffen haben, können also sicher auf ihre Arbeit nicht sehr stolz sein. Wohin aber werden wir noch kommen, bis an die Stelle dieser Unvernunft eine vernünftige Lösung gesetzt werden wird?

* * *

Im Kampf um diese Lösung ist inzwischen eine neue Etappe erreicht worden. Es ist jetzt bereits in der europäischen Öffentlichkeit gestattet, nicht nur an eine vernünftige Gestaltung der europäischen Verhältnisse zu denken, sondern auch davon zu sprechen und darüber zu schreiben. Lange war das ja von Paris aus streng verpönt und es ist den Franzosen sogar gelungen, diesen Gedanken dem gedankenlosen internationalen Pazifismus einzutrichtern. Die deutschen Pazifisten der Menschheitsfärbung natürlich an der Spitze, ist die ganze Gruppe mit Feuereifer für die französische These eingetreten, daß jedes Rütteln an den 1919 geschaffenen Zuständen eine Bedrohung des Friedens bedeute. Daß Frankreich diese These aufstellt, ist begreiflich genug, denn es sieht durch den heutigen Zustand alle Wünsche erfüllt. Jede Veränderung droht zu seinen Ungunsten auszuschnallen. Selbstverständlich sucht es deshalb den heutigen Zustand mit allen Mitteln zu fördern. Wieso setzen sich aber die Pazifisten für dieses Vorgehen ein? Einfach deswegen, weil sie in ihrer Furcht vor einem neuen Waffengang ganz mechanisch jede Veränderung im Verhältnis zwischen den Völkern unterbinden wollen, da sich früher daraus meist Kriege entsponnen haben. Sie sehen dabei nicht, daß das starre Festhalten an einem durchaus einseitigen Zustande schließlich eine furchtbare Kriegsgefahr heraufbeschwören muß. Diese ganze Politik mutet einem an wie der Versuch, die Explosion einer Pulvertonne durch möglichst festes Draufsitzen verhindern zu wollen.

Und doch sprechen die Tatsachen eine deutliche Sprache. Durch immer neue Verträge wird seit 1919 versucht, die Aufrechterhaltung der Verträge zu erzielen. Was ist nicht alles schon am Verhandlungstisch beschlossen und unterschrieben worden. Jede Unterschrift muß unweigerlich nach einiger Zeit durch eine neue Unterschrift bestätigt werden. So geduldig aber das Papier ist, so widerborstig sind die wirklichen Verhältnisse. Jeder widersinnige Vertrag wird von selbst von ihnen durchlöchert und beseitigt. Man denke nur einmal an die ganze komödienhafte Tragödie der deutschen Kriegsschulden. Im Rausch des Krieges und des Sieges redeten sich die Mächte der Entente gegenseitig ein, Deutschland werde die gesamten Kriegsschäden bis auf den letzten Heller zu tragen haben. In dieser fröhlichen Voraussicht machte man seelenruhig Schulden. Die Deutschen unterschrieben auch in Versailles die präsentierte Rechnung, weil ihnen nichts anderes übrig blieb. Auf diese Unterschrift hin suchte man überall die Kriegsschulden noch möglichst zu erhöhen. Welche Skandale hat allein in Frankreich die Vergütung der Kriegsschäden mit sich gebracht und weiter östlich stand es nicht besser! Als aber dann bei dieser Wirtschaft die deutsche Währung ins Bodenlose versank und der große Beutezug in die Ruhr auch nur zu einem kläglichen Ende führte, da mußte man sich sehr widerwillig allmählich überzeugen, daß von Deutschland eben doch nicht so viel zu erhalten sei, wie man gerne haben wollte. Ein erster amerikanischer „Sachverständiger“, der ja von den europäischen Verhältnissen weiter nichts zu wissen brauchte, setzte deshalb den Dawesplan fest. Dabei konnten sich die Gläubiger Deutschlands übrigens noch nicht dazu entschließen, die Hoffnung auf ganz ungeheure Zahlungen auf ewige Zeiten aufzugeben. Sie mäßigten nur einstweilen ihre Ansprüche. Dieser neue endgültige Plan für die deutschen Zah-

lungen erwies sich nach kurzer Zeit als untragbar. Ein anderer „Sachverständiger“ aus Amerika erschien und setzte den Youngplan fest, wiederum einen Plan für alle Ewigkeit oder wenigstens für lange Jahrzehnte hinaus. Die Ententegläubiger vermochten diese Durchkreuzung ihrer so liebevoll gehegten Träume nicht so leicht zu verschmerzen und im Haag wurde viele Wochen lang um jede einzelne Million gefeilscht und gerungen. Immer noch etwas versuchte man den Deutschen abzuzeichnen. Schließlich kam alles schön in Paragraphen gefaßt zu Stande. Heute kann man unter dem Eindruck der deutschen innern Entwicklung bereits in der schweizerischen Presse lesen, daß diese ganze Belastung untragbar sei und daß man nur hoffe, daß der Gang der Ereignisse in Deutschland wenigstens der internationalen Entwicklung Zeit lasse, sich dieser Erkenntnis anzupassen. Genfer Stimmungen kommen in derartigen Äußerungen zu Wort. Die Macht der Tatsachen geht eben über das ausgeflügelteste Papier hinweg!

Seitdem nun auch Mussolini und ihm nach die gesamte italienische Presse aus leicht verständlichen Gründen für die Revision der Verträge von 1919 sich ausgesprochen hat, kann die Bewegung zur Änderung des damals geschaffenen Zustandes für offiziell eingeleitet angesehen werden. Die zahllosen Spannungen, die sich immer wieder hie und da Luft machen, werden dafür sorgen, daß diese Bewegung nicht einschläft. Freilich darf man sich darüber keinen Täuschungen hingeben, daß die Einleitung dieser Bewegung noch lange nicht deren Erfolg bedeutet. Jetzt haben eigentlich erst die Vorgefachte eingesetzt, das Wettrennen um die Gewinnung der öffentlichen Meinung in allen Ecken der Welt in erster Linie. Was folgen wird, hängt ganz ab von dem Gang der Ereignisse in den hauptsächlich interessierten Staaten. Kommen weitere solche Überraschungen wie die letzten deutschen Wahlen, so kann die Entwicklung auch rasch in Fluß kommen.

Man darf aber nicht vergessen, daß die Widerstände gegen eine Abänderung der Verträge von 1919, vor allem soweit das die Grenzziehung anbelangt, zahllos sein werden. Frankreich und der ganze Kreis seiner Vasallenstaaten im Westen und Osten werden sich bis aufs Äußerste zur Wehr setzen. Man kann diesen Widerstand gar nicht hoch genug einschätzen. Frankreich und seine Verbündete verfügen heute über eine ganz unzweifelhaft überwältigende Rüstung, gegen die in Europa niemand aufkommen kann. Frankreich ist heute auch wirtschaftlich und vor allem finanziell so stark, daß es seine volle politische Bewegungsfreiheit wieder erlangt hat. Für den entschlossenen Willen, die Machtmittel einzusetzen, und für die Fähigkeit, sie zu gebrauchen, hat die französische Staatskunst ebenfalls so viele Beweise geliefert, daß man sich auch darüber keinen Täuschungen hingeben kann. All das wird die Revisionspolitik in Europa nur sehr schwer aufkommen lassen. Aber trotzdem muß man festhalten, daß diese Politik im Gang ist und von mächtigen Kräften immer wieder vorwärts getragen werden wird. Nur der Ausgang dieser Bewegung ist also zweifelhaft.

* * *

Inzwischen geht es mit der 1919 und später eingesetzten Sicherheitsvorrichtung zur Kriegsverhütung auch nicht zum besten. Es ist klar, daß sich hier ein Weg zur allmählichen Ausgleiche der Gegensätze hätte ergeben können, wenn der Völkerbund seiner ursprünglichen Aufgabe nachgekommen wäre. Leider machten die Satzungen ein solches Wirken von Anfang an fast unmöglich. Die Entwicklung der Völkerbunds politik hat dann vollends jede erspriessliche Wirksamkeit ausgeschlossen. Auch hier vermochte sich Frankreich durchzusetzen. Zwar gelang es ihm schließlich und endlich nicht, den Völkerbund selbst für seine Politik des Festhaltens auszunutzen, aber es hat doch jedes Vorgehen auf diesem Boden zu einer allmählichen Umgestaltung der Verhältnisse zu verhindern vermocht. Damit ist die Völkerbunds politik im großen Ganzen ein auf-der-Stelle-Treten geworden. In endlosen Verhandlungen wird schließlich nichts erreicht und im nächsten Jahre geht alles von vorne an.

Den schlüssigen Beweis dafür liefert die diesjährige Völkerbundsversammlung. Alle großen Fragen blieben unerledigt, wurden auf Seitengeleise geschoben und dadurch der Lösung eher entfremdet als näher gebracht. Das gilt vor allem von der Abrüstungsfrage, die um keinen Schritt weiter gekommen, ja von irgend einem Erfolg ferner ist als je. Dasselbe gilt von der Minderheitenfrage. Freilich wird

ja hier von Genf aus ein „Erfolg“ festgestellt; es darf nun im Völkerbund überhaupt von diesen Dingen gesprochen werden! Nichts scheint mir für die Entwicklung der Völkerbundspolitik so bezeichnend wie dieser „Erfolg“. Wenn dieses Tempo beibehalten würde, so reicht es schon mit den heutigen Verhandlungsgegenständen für einige tausend Jahre. Man könnte glauben, es sei in Genf die geologische Zeitrechnung eingeführt worden. Es wird sich wohl über kurz oder lang deutlich genug zeigen, daß die Tatsachen auch über diese Dinge zur Tagesordnung übergehen werden. Man kann es verstehen, daß unter solchen Umständen gerade die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundsgedankens enttäuscht und in ihren Hoffnungen und Erwartungen sehr bescheiden werden. So stellt ja der heute wohl bekannteste Völkerbundspolitiker in der schweizerischen Presse, Dr. Deri, in seinen „Basler Nachrichten“ fest, daß für den Völkerbund „jede glücklich vorübergegangene Blamage möglichst eine Wohltat ist“. Niedriger gehts nimmer!

A r a u, den 2. Oktober 1930.

H e t t o r A m m a n n.

Bericht aus dem Deutschen Reiche.

Den Auftakt zu dem politischen Kurs, welcher mit der Ernennung des Kabinetts Brüning einsetzte und einen Zwischengipfel in der Wahl vom 14. September erreichte, gab eine Schrift des dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther nahestehenden „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ über die Rechte des Reichspräsidenten. Der Leser findet in dieser Broschüre einen kurzen Abriß über die amerikanische Verfassungsgeschichte, der darlegen will, wie das heutige konstitutionelle System in den Vereinigten Staaten sich nicht durch papierne Verfassungsänderungen, sondern aus staatlichen Notwendigkeiten, durch die Energie und die politische Schöpferkraft einzelner Präsidenten entwickelt habe. Ferner wurde in ihr gezeigt, daß die heutige Parteiherrschaft keineswegs dem Geiste der Weimarer Verfassung entspricht und daß es nur kraftvoller Politiker bedarf, um die verfassungswidrige Parteiherrschaft zu ersetzen durch ein wahrhaft staatspolitisches System. Diese „Gebrauchsanweisung“ erschien unmittelbar vor den Wahlen, da der deutsche Reichspräsident sich entschloß, Männer seines Vertrauens mit weitgehenden Vollmachten auszustatten und ihnen sein politisches Prestige zur Verfügung zu stellen. Seine Wahl fiel auf Brüning, einen noch jungen Politiker der Kriegsgeneration, klug, zäh, untadelig und von nationalem Willen befeelt.

Die Geschichte wird dereinst entscheiden, ob Brüning der großen Konzeption, die seiner Ernennung zum Reichskanzler zugrunde lag, gerecht wurde. Bedenklich war, daß er das abgewirtschaftete Kabinett Müller zum Teil übernahm und sich nicht dazu durchringen konnte, sich von Parteiwünschen freizuhalten, und bei der Bildung seines Kabinetts auf die geistigen Reserven der jüngeren Generation zurückzugreifen. So kam es, daß schon die Entstehung des Kabinetts Brüning auf die Psyche der nationalen Massen, die für den Staat zu gewinnen seine historische Mission war, enttäuschend wirken mußte. Was später an Unerfreulichkeiten folgte, wird m. E. Brüning zu Unrecht vorgeworfen; mußte er doch die Konfuzsmasse des Kabinetts Müller übernehmen und ordnen, wobei er noch das Pech hatte, mit dem Finanzminister Moldenhauer einen ungeschickten Griff zu tun. Immerhin diente aber auch diese Episode zur weiteren Schädigung des Kredits Brünings. Die Reichstagsauflösung selbst verstieß gegen alle Gesetze der politischen Psychologie. Hätte Brüning ein Kabinett unabhängiger neuer Männer gebildet, ein Programm aufgestellt und ein Vertrauensvotum gefordert und bei dessen Ablehnung den Reichstag aufgelöst, so wäre wahrscheinlich der Wahlkampf anders ausgefallen. Aber die Frage ist, ob er überhaupt auflösen durfte, insbesondere, ob er es sich leisten konnte, sich den Zeitpunkt der Auflösung von der Opposition diktieren zu lassen. Seine zögernde Haltung wurde denn auch folgerichtig als Schwäche gedeutet. Nachdem aber einmal der Reichstag wegen Widerspenstigkeit aufgelöst war, mußte die Regierung auch von sich aus gegen die Parteien in den Wahlkampf eingreifen. Ein klares Programm, unterstützt von der Autorität Hindenburgs, war das einzige

Unterpfand für einen Wahlsieg; zu diesem Programm gehörte aber in erster Linie die Reform all dessen, was in den letzten Jahrzehnten in Deutschland fragwürdig geworden ist.

Worum es sich dabei handelt, habe ich an dieser Stelle seit Jahren immer wieder — auch Ungläubigen gegenüber — ausgeführt und begründet: um die Schaffung neuer Staatsgrundlagen. Die Fiktion, daß der Staat sich aus 40 Millionen Stimmberechtigter zusammensetzt, ist zusammengebrochen, der deutsche Mensch will wieder Führung und Autorität. Ein Volk, dessen Wohlstand unerschüttert und dessen Bestand gesichert ist, kann sich allenfalls den Luxus labiler Regierungsverhältnisse leisten. Das deutsche Volk aber, in seiner außenpolitischen Ohnmacht und seiner wirtschaftlichen Bedrängnis verlangt nach klaren Zielen, nach erlösenden Ideen und nach einer starken Hand. Die Zeit der Vertuschung und der Kompromisse ist endgültig vorüber. Der nationale Selbstbehauptungswille eines 70 Millionen-Volkes läßt sich nicht auf die Dauer verleugnen. Bedenkt man, daß diese besondere Not des deutschen Volkes mit der allgemeinen europäischen Krise der Demokratie zusammenfällt, daß die Notwendigkeit, den Klassenkampf durch eine neue vom Staate verbürgte Gesellschaftsordnung zu verhindern, für alle Völker der Hochzivilisation immer dringlicher wird, so versteht man das Wachsen der Opposition. Mit der Politik der Mitte, die sich prahlerisch die Politik der Vernunft nennt, kann dem heraufdämmernden Schicksale des Abendlandes, dem eruptiven Werden einer neuen Zeit, nicht begegnet werden. Wer diese gewaltige Welle übersehen will, wird von ihr verschlungen.

Für die Bereitwilligkeit des Nichtsehenswollens oder Nichtsehenskönnens seitens der Parteien der Mitte spricht die Verblendung, mit welcher das Kabinett Brüning die Wahlparole vernachlässigte. Es ist unglaublich, wenn man feststellt: da ist eine Regierung, die den Reichstag auflöst, weil die Festbesoldeten nicht gesetzlich sich verpflichten wollen, einen Lohnabzug zu dulden. Es heißt doch, das allgemeine Stimmrecht ad absurdum führen, wenn man solche Zumutungen an den Stimmgzetteltträger stellt. Selbstverständlich werden in Deutschland die Löhne und die Gehälter gesenkt werden müssen: wer aber hat schon einmal Wählermassen gesehen, die mit Mehrheitsbeschluß dieses Schicksal selber auf sich herabbeschworen? So wäre im einzelnen über die Brüning'sche Politik noch manches zu bemerken; hier geht es aber um das Gesamtbild. Wie ist dieses nun beschaffen?

Schon während der Wahl konnte das lebhafteste Interesse des gesamten Volkes für den Wahlkampf beobachtet werden, das ja auch dann in der Wahlbeteiligung seinen lebendigen Ausdruck fand. Die Versammlungen waren dort überfüllt, wo über Grundsätzliches geredet wurde. Gesekentwürfe, parlamentarische Vorgänge und Regierungsbildungen interessierten den Wähler nicht. Wer aber die Mängel dieses Systems scharf kritisierte, den Führergedanken und ein neues Staatsethos verherrlichte, hatte die Ohren des Volkes. Die Weltanschauung beginnt wieder die Politik zu beherrschen. Dies ist wohl eine entscheidende Feststellung, von vielen vorausgesagt und durch diese Wahl bestätigt. Der Wahlsieg der Opposition war zwar zu erwarten, übertraf aber doch die Vorstellungen auch der Eingeweihten. Nimmt man das Wahlergebnis im ganzen, so läßt sich sagen, daß die Mitte vernichtend geschlagen wurde, ja darüber hinaus, daß das liberale Bürgertum stirbt. Die Zukunft wird zwar manche Neugruppierung bringen, Umschichtungen, die wir heute, wo erst der Auftakt eines politischen Geschehens vorliegt, kaum errahnen können. Aber der quietistische deutsche Bürger, dieses Idol, auf welchem die Weimarer Verfassung aufgebaut ist, wird sich nicht mehr erholen. Von den 570 Abgeordneten des heutigen Reichstages steht zwar die überwiegende Mehrzahl auf dem Boden der Verfassung, aber nur in formalem Sinne. Es kann ruhig behauptet werden, daß eine glatte Mehrheit des Reichstages den Staat in seiner heutigen Form nicht liebt und möglichst bald umgestalten möchte. Die Tragik der Lage besteht nun darin, daß die radikalen Flügel nur einzig in der Negation, im Ziel dagegen Todfeinde sind. Von dieser sich vorläufig noch gegenseitig aufhebenden Gegensätzlichkeit lebt in Wahrheit der Weimarer Staat, nicht aus eigener Kraft.

Das Wahlergebnis im einzelnen ist bekannt. Wesentlich ist, daß der Marxismus als solcher zwar um 2—3 % der Wahlberechtigten zurückgegangen ist, im ganzen und großen aber seine ungebrochene Macht behauptet, zumal sein Schwer-

gewicht nach links verschoben wurde. Der Nationalsozialismus lebt also, wie er sich selber ausdrückt, von der Räumung des bürgerlichen Vorfeldes. Seine 6 Millionen Wähler sind keine Revolutionäre, sondern überwiegend Mitläufer, also Menschen, welche die Unfähigkeit der bisher herrschenden Kreise mit einem Protest quittierten. Zwar redet der Nationalsozialismus viel vom Dritten Reich (nach einem halben Jahrzehnt ist die Kunde von dieser Ideenwelt auch an sein Ohr gedrungen), aber Aufbauwille und Zielklarheit sind in seinen Reihen schwach entwickelt. Sein Führer, dessen Kampfwille der Größe nicht entbehrt, bezieht wahrscheinlich seine Stärke aus seiner inneren Begrenzung. Denn wir leben in einer Zeit der soziologischen Umstellung. Atomisierte Massen lassen sich nicht mehr durch Vernunftbegründungen und intellektuelle Gedankengänge zusammenschweißen. Sie sind nur in ihren Gefühlen faßbar und lenkbar. Der Nationalsozialismus gehört nun noch nicht zur neuen Zeit: er steht an der Schwelle zwischen dem vergehenden Liberalismus und dem kommenden neuen Universalismus. Seine überbürgerliche Haltung ist zukunftssträchtig, seine Demagogie und sein dürftiges Programm aber dem Alldeutschtum der neunzigerjahre und dem Sozialismus verwandt. Die Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus ist in Wahrheit die Zusammenzählung wesentlicher Faktoren des Liberalismus, nicht die Einheit eines neuen Weltbildes. Wenn also jetzt 107 neue Abgeordnete ins Parlament ziehen, so nicht etwa als lebendige Zeugen des neuen deutschen Geistes, der in den letzten Jahren einen überraschenden Aufstieg genommen hat, sondern als Beweis dafür, daß Hitler seine Gauleiter und Parteibonzen zu belohnen weiß. Die geistige Enge und Unbuddhsamkeit ist ein weiterer Beleg für die Richtigkeit dieser Auffassung. Wenn man bedenkt, daß 6 Millionen Wähler, worunter zahlreiche junge Akademiker und gebildete Oberschicht sich befinden, eine Partei gewählt haben, deren führendes Organ zwar geschickte Demagogie treibt, aber den deutschen Geist mehr fordert als repräsentiert, so läßt dieser Umstand Schlüsse auf das Maß der Unzufriedenheit der nationalen Massen einerseits und auf die Gefahr, die aus ihrer Radikalisierung droht, andererseits zu.

Man bedenke, daß der Lebensquell des Nationalsozialismus in seiner heutigen Gestalt Ressentiments sind. Nicht politischer Eros im letzten Sinne, sondern negative Empfindungen. Darunter gibt es ehrenvolle, wie die der nationalen Enttäuschung über die mehr oder weniger erfolglose Locarno-Politik. Aber trotzdem überwiegen die Abneigungsgefühle.

Worin besteht nun die Gefahr einer geistig so unterbauten Bewegung? Gewiß ist sie von Vaterlandsliebe und von Sehnsucht nach Führung erfüllt. Es fehlt ihr aber der menschliche Gehalt; jene Geistigkeit, ohne die niemals ein politisches Weltbild gestaltet wurde; ohne die aber auch — und das ist noch viel wichtiger — der politische Gegner niemals innerlich gewonnen werden kann. Er bleibt Feind und läßt sich nur mit Gewalt überwinden. Eine solche Gewaltanwendung ist aber, solange 14 Millionen deutscher Wähler, wohlorganisiert und gegliedert, marxistisch gesinnt sind, entweder aussichtslos oder die Einleitung zu einem 30jährigen Bürgerkrieg. Es gibt sehr ernsthafte und kluge Politiker, welche dem Deutschtum, besonders im preußischen Norden, wo das Leben härter und gemütsärmer ist, eine solch furchtbare Prognose stellen; die sogar glauben, daß das deutsche Volk die Märtyrerrolle auf sich nehmen müsse, den großen Kampf um die soziale Neugestaltung auf seinem Boden auszufechten. Wer eine solche Entwicklung beschleunigt und herbeiführen möchte, ist Katastrophenpolitiker. Gewiß ist die Menschheit durch die Reformation geistig bereichert, das Deutschtum aber in seiner Entwicklung um zwei Jahrhunderte zurückgeworfen worden. Dasselbe gilt für das 20. Jahrhundert. Die Nationalsozialisten mobilisieren Massen gegen Massen. Wie schon gesagt, ist dieser Vorgang soziologisch natürlich, aber auch gefährlich. Er kann sogar in einer Entwicklung endigen, die dem Ideal des Nationalsozialismus (Beendigung der Massenherrschaft und Geburt einer neuen Führerschicht) direkt entgegengesetzt ist. Denn in einer Zeit, in welcher die Millionen auf der Straße gegeneinander prallen, in welcher die Wirtschaft ihnen kein Unterkommen zu bieten vermag, darf sich derjenige, der ihre dumpfen Instinkte entfesselt, nicht wundern, wenn die große Welle die Führer überschwemmt. Eine neue Kultur beginnt niemals mit der Entfesselung der Masseninstinkte, sondern mit ihrer Unterdrückung. Form wird nie-

mals aus Kollektivem, sondern nur aus Organischem. Hier liegen die großen Probleme des 20. Jahrhunderts. Und diese Erkenntnisse vermitteln auch den Maßstab, mit welchem der Nationalsozialismus gemessen werden muß. Erwächst ihm nicht ein positives Gegenstück, das nur an den „Übermenschen“ appelliert, und die geistigen Kräfte der Neugestaltung zu positiver Zielsetzung entwickelt, dann sind Verfassung und Zusammenbruch kaum aufzuhalten. Der Vergleich mit Italien hinkt. Deutsche sind keine Italiener, die soziale Struktur Italiens ist eine ganz andere als die des Reiches und überdies liegt Italien fern vom Bolschewistenland, ist auch viel weniger industrialisiert als Deutschland. Ob sich der Nationalsozialismus darüber, ob sein ehrliches Bemühen im geschichtlichen Endeffekt vielleicht auf den Triumph Moskaus hinarbeitet, klar ist, ist schwer zu beurteilen. Die geistige Beschaffenheit seiner Führer läßt begründete Zweifel auftauchen, ob sie so weite Perspektiven erlaubt.

So stehen wir im Reiche am Anfange folgenschwerer Geschehnisse. Nicht daß dieser eine Wahlsieg des Nationalsozialismus besonders schwer wöge. Es wird Rückschläge, es wird wahrscheinlich auch Spaltungen geben. Ein so rasch wachsendes Gebilde mit so heterogenen Elementen wird sich kaum zusammenhalten lassen. Und endlich bleibt die Frage offen, was nun die Regierungsparteien tun. Sie sind aufs Haupt geschlagen. Bleibt aber die Regierung ihrer Anschauungsweise, sich von den Parteien zu lösen, treu, so hat sie alle Möglichkeiten für sich, trotz des beeinträchtigten Ansehens des Reichskanzlers. Reformen sind die natürlichen Feinde der Revolutionen. Begreift die Mitte und die bürgerliche Rechte, daß nun die Stunde für staatschöpferische Taten geschlagen hat, daß es nicht mehr angängig ist, Strömungen, wie sie die Wahlen nachgewiesen haben, einfach zu übersehen, dann ist die Bahn für eine organische Weiterentwicklung des deutschen Verfassungslebens und für die innere Gesundung frei. Es gehört allerdings auch dazu, daß nun das Ausland endlich die Unvernunft von Versailles einsieht. Denn wenn dieser überhitzte deutsche Dampfkessel, dessen Ventile durch die französische Hegemonie gewaltsam verschlossen werden, explodiert, dann geht Frankreich trotz seiner vollendeten Rüstung mit in die Luft. Soviel geschichtliche Einsicht sollten auch die ehrgeizigen Bürger, die heute Frankreich regieren und die Welt aus den Angeln zu heben wäghen, aufbringen. Wenn die bürgerliche Welt, die nun in ihren Grundfesten bebt, keine neue innenpolitische und außenpolitische Gerechtigkeit zu begründen vermag, so wird der Vorgang der deutschen Septemberwahlen für ganz Europa symbolisch: auch die Intelligenz und die Geistigkeit stößt zu denen, die Revolution um jeden Preis wollen. Die konservativen Kräfte treten in die Reserve zurück und überlassen den Revolutionären die geschichtliche Aufgabe, die gelöst werden soll. Noch ist es Zeit! Aber sie muß von den ehemaligen Feinden Deutschlands benutzt werden, das zu tun, was die Vernunft und die Gerechtigkeit verlangen. Sie muß auch von den aufbaufreudigen Kräften im deutschen Reiche dazu verwandt werden, den Willen zur Neugestaltung mit dem Drange zur Erhaltung zu verschmelzen. Alle Hoffnung ruht heute auf denen, die mit dem Geiste des neuen Deutschland und des neuen Europa erfüllt, das Bild der Neuordnung vor dem sehnsüchtigen Auge der Enttäuschten aufzeigen.

Auf diesem großen Hintergrunde vollzieht sich nun das politische Geschehen der nächsten Zeit. Es kann sein, daß Rückschläge eintreten, daß die Entwicklung im einzelnen langsamer geht, wie sie hier umrissen wurde. Vielleicht rafft sich das Kabinett Brüning zur Selbstbehauptung und zum Durchgreifen auf. Vielleicht schwebt ihm eine Neuwahl unter anderen Verhältnissen vor. Auf alle Fälle kann verzeichnet werden, daß die Dinge in Fluß geraten sind und nicht mehr zur Ruhe kommen. Es gibt genug konservative Menschen, die den neuen Geist in sich tragen und in diesem entscheidenden Augenblicke das Richtige zu tun wüßten. Aber die deutsche Mitte erneuert sich nicht. Sie muß sich den Vorwurf der Verkalkung gefallen lassen, läßt neue Männer, die überall in Reserve stehen, nicht heran. Insofern hat dieser Reichstag reinigend gewirkt, als etwa 100 Abgeordnete alter Prägung nicht mehr zurückkehren. Der Wechsel der Generationen muß vielleicht noch stürmischer werden, um Männer an die Spitze zu bringen, die einem Reichskanzler wie Brüning das notwendige Relief, das Vertrauen des Volkes und die politischen Kräfte mitbringen. Kabinettsumbildung und Durchsetzung seines Willens.

gegen die Parteien, Aufstellung eines großen Reformprogramms, ist also das Gebot der Stunde.

München, 20. September 1930.

Edgar J. Jung.

Kultur- und Zeitfragen

Um die Zukunft des Tonfilms.

Der erste Hauch des Neuen ist vorbei. Wir werden allmählich nüchtern, schauen klarer und der Geist wird kritisch. Man fühlt erst jetzt so recht, daß die Anfänge bis jetzt stammelndes Geräusch, auf leere Effekte eingestellte Stoffe waren. Der Lach- und Gemütskrampf herrschte vor. Aber heute weiß man, daß es um etwas anderes geht. Eintagsfliegen haben ein kurzes Leben und die prallste Neuheit vom Rhein, vom ewigwiederkehrenden Heidelberg, oder gar vom unerschöpflichen Wien mit seinem Tanz und seinen Liedern verliert einmal an Zugkraft. Jede Art hat ihre Zeit. Die Konjunktur hält nicht an. Die Meinung, daß nur das Kurzweilige, das Lustige Zugkraft besitze, muß unbedingt geändert werden, bevor den Massen dieses Säufeln und Schäfeln, Tränenrollen und Seufzen zum Überdruß geworden. Überdruß bringt leere Kassen. Wäre es nicht gut, beizeiten aufzuhorchen und das Programm auch für eine gedeihliche Zukunft durchzusehen?

Dem Tonfilm fehlt es heute tatsächlich an geistigem Stoff. Wenn diese willkürlich gefitteten Operettchen und Lustspielchen noch weiter anhalten, dann sinkt der Tonfilm, trotzdem er freudig als Verbesserung begrüßt wurde, weit unter die Gestaltung des stummen Bildes. Die Handlung ist oft so unlogisch und hängt an solch dünnem Faden, daß auch weniger scharf denkende Menschen Vergleiche ziehen und sich räuspern. Diese Armut an guten und spannenden Motiven darf nicht anhalten, sonst führt der Weg zur Krise. Auch der Tonfilm birgt Möglichkeiten. Sie übergehen, oder gar wesentlich verneinen, das hieße dieser Filmgattung alle Zukunft verschließen.

Der Fortschritt der Technik soll auch einen Fortschritt des Gebotenen bringen. Man hat mit dem „Blauen Engel“ endlich „Stoff“ gesucht und gefunden. Am Werk gemessen flau, im Sinne eines Fortschritts aber unbedingt aner kennenswert. Wäre es nicht gerade Sache des Tonfilms, geschichtliche Stoffe zu behandeln.*) Einmal die heutige Tendenz der biographischen Romane auszunützen und solche Figuren auf die Bühne zu stellen. Das wäre verdienstlich und interessant zugleich. An gefüllten Kassen würde es sicher nicht fehlen. Nicht Singfang, der die Darsteller innerlich zur Verarmung führt, sondern große Stoffe, an denen der Künstler wächst, an denen er sich bilden kann. Und dann, wenn gesungen werden muß, bitte doch Künstler und nicht Sänger, die weit unter Mittel stehen. Wir verlangen Qualität von einer guten Sache. Gerade die biographischen Stoffe sind voller Probleme und Spannungen, die jeden Regisseur reizen müssen. Es gibt ja so viele denkwürdige Lebensschicksale. Aber man soll sich Mühe nehmen. Es ist nicht gesagt, daß ein Geschäft, das heute mit Schlagern sich reichlich nährt, morgen auch weiter gedeihen kann. Einmal ist der Bedarf gedeckt und was dann?

Wir wollen das leichte Zeug nicht ganz verbannt sehen. Aber es soll nicht vorherrschen. Der anspruchsvollere Teil des Publikums will zwischen hinein bessere Kost, und wenn man auf alle zählt, dann soll auch allen etwas geboten werden. Nur Qualität kann dem Tonfilm den guten Leumund retten.

Adolf Wagner.

*) Diese Bahn ist mit dem inhaltlich wie darstellerisch (was für eine Auswahl hervorragender Schauspieler) auf gleich bemerkenswerter Höhe stehenden deutschen Tonfilm „Drehfuß“ bereits erfolgreich beschritten. Die Schriftleitung.